

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Bemerkung
Nr. 26

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 155.

Freitag, 7. Juli 1893, Abends.

46. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierjährlicher Bezugspreis bei Abschöpfung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Kaiserlichen Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Ausgabe für die Nummer des Ausgabatages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herrn Schmidt in Riesa.

In Sachen, die Zwangsversteigerung des dem Kaufmann Gustav Walther gehörigen Grundstücks Sol. 1045 des Grund- und Hypothekenbuchs für Riesa betr. wird der auf den 27. Juli 1893 obraumte Versteigerungstermin infolge einstweiliger Einstellung des Verfahrens aufgehoben.
Riesa, am 5. Juli 1893.

Königliches Amtsgericht.
Heldauer.

Tagesgeschichte.

Das Centrum hat bereits wieder seinen Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes eingereicht. Ob das Centrum diesmal mehr Glück, als in den vorausgegangenen Tagungen, mit seinem Antrage haben und ob es diesmal wirklich über diese reichstädtische Seeschlange zu einer entscheidenden Abstimmung kommen wird? Jedenfalls wird von einer Seite, die mit den Aussichten der neuen Centrumsleitung genau bekannt ist, versichert, daß die letztere ernstlich entschlossen ist, den Antrag nicht bloß zur öffentlichen Erörterung, sondern auch zur Abstimmung gelangen zu lassen. Der Reichstag wird sich diesem Vorhaben selbst dann nicht widersetzen, wenn die Militärvorlage an keine Commission verwiesen werden sollte. In den Zwischenpausen, die nach den ersten und zweiten Abstimmung eintreten müßten, würde hinlängliche Zeit zur vollständig in Erledigung des Jesuitenantrages übrig bleiben. Die Aussichten für diesen Antrag haben sich zwar im neuen Reichstage durch die Schwächung der früheren freisinnigen Partei und durch die Stärkung der ehemaligen Cartellparteien einigermaßen verschlechtert. Aber die Annahme derselben ist trotzdem sehr wahrscheinlich. Dafür werden stimmen das Centrum mit seinen Anhängern, den Welfen und den elsässisch-lothringischen Protestanten, die Polen, die Socialdemokraten, die süddeutsche Volkspartei, die freisinnige Volkspartei (mit einzelnen Ausnahmen), einige Conservative und Wähler, vielleicht auch ein Theil der Antisemiten, diese, um sich für die Zukunft den bei den letzten Wahlen verzögert verschwunden Eindruck in clericalen Wahlkreise zu erleichtern. Aber selbst wenn die Antisemiten und alle Mitglieder der freisinnigen Vereinigung gegen den Jesuitenantrag stimmen sollten, würde demselben eine knappe Mehrheit sicher sein. Es ist aber kaum anzunehmen, daß nach der innerhalb der Centrumsfraction eingetretenen Wandlung die Regierung selbst bei einer größeren Reichstagsmehrheit dem Antrage ihre Zustimmung ertheilen würde. Die Ablehnung derselben durch den Bundesrat ist vielmehr sicher, wird wahrscheinlich auch vom Centrumsführer vorausgesehen. Dr. Lieber braucht aber einen Vorwand, um die von ihm gewählte schärfste Tonart gegenüber der Regierung auch den Parteigenossen mundgerecht zu machen, die eher einer Verständigung zuneigen. Er hofft, seine Herrschaft im Centrums-lager auf diese Weise am sichersten zu befestigen. Das ist der Grund, weshalb der alte parlamentarische Ladenhüter jetzt in der heißen Jahreszeit so eilig hervorgezogen und zum schleunigen Ausverkaufe gestellt wird. Einen anderen Zweck verfolgt die neue Parteileitung damit kaum, insbesondere denkt sie nicht daran, etwa den Jesuitenantrag als Tauschmittel für die Militärvorlage zu verwerten. In diesem Punkte scheint Dr. Lieber fest auf dem ablehnenden Standpunkt zu beharren. Es wird erzählt, daß diesmal sogar seitens des Centrums bezüglich der Abstimmung über die Militärvorlage der Fraktionszwang beschlossen werden soll, so daß diejenigen, die sich in dieser Frage der Regierung nicht unterwerfen wollen, aus dem Fraktionsverbande ausgesondert werden würden. Indessen wäre ein solcher Schritt in Anbetracht des ohnehin vermindernden Besitzstandes der Partei so absurd, daß man ihn kaum für möglich halten kann. Bisher ist den wiedergewählten Anhängern der Militärvorlage gegenüber noch eine gewisse Nachsicht gelassen worden. Der Prinz v. Arnsberg z. B. hat der ersten Fraktionsbildung beigejohnt und scheint bis auf Weiteres in Gnaden aufgenommen zu werden.

Deutsches Reiches. Der Kaiser wird, dem „Schwäb. Vier.“ zufolge, im November als Guest des Königs von Württemberg an den Jagden im Schönbusch teilnehmen.

Die jüdische Volkspartei hat in Verbindung mit der freisinnigen Volkspartei den Antrag im Reichstag eingereicht, die verbündeten Regierungen zu erzählen, im Hinblick auf die in weiten Gegenden Deutschlands herrschende Futternot zum Zweck der zuverlässigen Aufhebung der Zölle auf landwirtschaftliche Futtermittel für die Zeit bis Ende Mai 1894 beim Reichstag unverzüglich einen Gesetzentwurf einzubringen.

Die Centrumsfraction des Reichstages hat sich dafür entschieden, sofort den Antrag auf Wiedergutlassung der Jesuiten wieder einzubringen. Dieser Antrag wird die Unter-schriften der Mitglieder des Centrums, der Elbs-Bohringer (Protestant) und Deutsch-Hannoveraner (Welsen) tragen. Wie verlautet, werden von der polnischen Reichstagsfraction alle mit zwei Ausnahmen für die Militärvorlage stimmen.

Die Fraction der vereinigten Antisemiten — so heißt es in den antisemitischen Parteidokumenten — wird vorläufig wenigstens noch nicht ins Leben treten. Niedermann von Sonnenberg hatte die Herren Bödel und Zimmermann er-sucht, eine Fraktionsverbindung herzustellen, um das Frac-tionsrecht zu erlangen, jedoch unter der Bedingung, daß nur die Juden betreffende Angelegenheiten in der Gesamtberechnung der Fraction ständigen. Auf diesen Brief sei bisher keine Antwort erfolgt. Anfolgedessen werde gegenüber der Sonderfraction der Bödel'schen auch die Reformpartei der Deutsch-socialen sich nunmehr ihrerseits ebenfalls zu einer Sondergruppe zusammenschließen müssen.

Im Wahlkreis Alzen-Winzen wollen die Nationalliberales bei der Nachwahl für Träger auf einen eigenen

Candidaten verzichten zu Gunsten der Wahl des Freiherrn v. Huenne. Die Nationalliberalen hoffen dabei auf das Ein-treten der Centrumsgruppe in Alzen-Winzen für den Vor-lämpfer der Militärvorlage.

In Bayern finden gegenwärtig die Wahlen zum Landtag statt. Bei den Urwahlen in München II und Nürnberg siegten die Socialdemokraten (und zwar zum ersten Mal), in München I, Hof, Ingolstadt und Fürth die Liberalen. Die Fraktionen des Reichstages hielt gestern gemeinsame Sitzungen, um sich über die Haltung zur Militärvorlage schlüssig zu machen und die Redner für die erste Berathung zu bestimmen. Es deucht die Abrede, von jeder Partei nur einem Redner das Wort zu geben. Von zuverlässiger Seite wird uns versichert, daß die Polen für die Militärvorlage stimmen werden. Die Deutsche Reformpartei (Bödel) wird der „Staats-Ztg.“ zufolge bei der ersten Berathung eine Anfrage einbringen, in welcher Weise die Regierung die Widerstehen aufzuzeigen gedenkt. Die bisher gemachten Vorschläge genügen der Partei nicht, und sie sei entschlossen, die Vorlage abzulehnen, wenn die Auskunft der Regierung unzureichend sei. — Die zweite Berathung der Militärvorlage dürfte wahrscheinlich erst Ende nächster Woche stattfinden, da vorher Anträge aus dem Hause zur Verhandlung kommen sollen. Insbesondere besteht das Centrum darauf, daß am Mittwoch der Jesuitenantrag auf die Tagesordnung gelegt wird. Im Centrum erheben sich, wie verlautet, noch immer Stimmen für die Verwerfung der Militärvorlage an einer Commission; man nimmt aber an, daß die Fraktion trotzdem von der Stellung eines entsprechenden Antrags Abstand nehmen wird.

Nachdem die hellgrauen Mäntel für die Generale bereits eingeht, sind, ist, wie nach der „Königl. Ztg.“ verlautet, deren Einführung auch für die übrigen Offiziere des preußischen Heeres in Aussicht genommen. Als ungefährer Zeitpunkt für die Einführung soll der März n. J. bekannt gegeben sein.

In Saarbrücken hatte der Berggesetzor Gilger den Grafen Günther von der Schulenburg-Dey, von dem er beleidigt worden war, auf Prozess gefordert. Der begierte, katholischer Konvertit, lehnte das Duell ab, da er „als christlicher Edelmann die Gebote der heiligen Schrift und Rache befolgen und demgemäß nicht seiner Überzeugung zu wider ein derartiges, nebenbei von den Landgerichten geahndetes Ansehen annehmen könnte.“ Die Bonner „Rechts-Ztg.“ vermutet, daß es „mit dem Reserveoffizier für Graf Schulenburg jetzt vorbei sein dürfte.“

Die preußische Staatsbahnoerhaltung beabsichtigt, dem „Obz. Kort.“ zufolge, die Bahntarifpreise bis zum 1. April 1895 allgemein durchzuführen.

Frankreich. Man scheint jetzt in Paris wieder etwas Müll zu bekommen. Eine große Truppenmacht wird zur Herstellung der Ruhe aufgeboten, der Ministerpräsident hat erlaßt,

er könne Vozé, den Polizeipräfekten, „zu seinem tiefen Bedauern“ nicht entlassen. Die Kammer hat die Befreiung der Unruhen auf seinen Wunsch hin vertagt und mit laut bekanntem Majorat die Abgeordneten zurechtgelegt, welche die Polizei angriffen. Der Deputat meldet über die Sitzung: In der französischen Kammer herrsche am Mittwoch sehr große Erregung. Saal und Tribünen waren überfüllt. Der Präsident giebt bekannt, daß mehrere Anträge auf Interpellationen über die jüngsten Vorfälle in Paris an ihn ergangen seien. Der Ministerpräsident Duruy votiert die Berathung dieser Interpellation bis zur vollständigen Wiederherstellung der Ruhe zu vertagen. (Beifall im Zentrum, Protestfeier der äußersten Linken.) Dupuy fügte hinzu, der Charakter der Kundgebungen erscheine heute klar, die Studenten verabschieden die Vorfälle der jüngsten Tage, die Manifestanten seien die gewöhnlichen Verantworter von Tumulten; es gebe unter ihnen auch viele Freunde (!) mit denen man unbarmherzig Schaus machen werde. (Beifall.) Der Arbeiter-Deputat unterbricht hierbei den Ministerpräsidenten mit den Worten: „Ihre Agenten sind Mörder.“ Das ganze Centrum erhält sich und läßt den Zwischenruf hören an. Dupuy schließt dann seine Rede mit der Erklärung, die Regierung werde entschlossen ihre Pflicht erfüllen und unverzüglich die Ruhe wiederherstellen. (Beifall.) — Weitere Mitglieder des Centrums beantragen, daß die Berathung auf Montag festgelegt würde. Ministerpräsident Dupuy nahm für diesen Tag an und auch die Kammer stimmte, wie schon gemeldet, mit 377 gegen 133 Stimmen für diese Tagesordnung.

Amerika. Die neue Republik in Hawaii scheint immer noch nicht fest zu stehen. Wie das „R. Bureau“ aus Honolulu vom 28. v. M. meldet, ist eine Verschwörung von Royalisten, welche durch Dynamit eine Katastrophe herbeiführen wollten, durch Verhaftung dreier Engländer vereitelt worden. Die Verschwörer beabsichtigten von dem Regierungsbau Besitz zu ergreifen und die Regierung zu stürzen. Unter den Verhafteten befanden sich neun Mitglieder früherer Gabinete.

Hertisches und Sächsisches.

Riesa, 7. Juli 1893.

— Auf das nächste Sonntag stattfindende, von dem hiesigen Militärverein und Kriegerverein veranstaltete Concert zu Gunsten des Fonds zur Errichtung eines Kaiser Wilhelm- und Kriegerdenkmals nehmen wir gern Bevorliebung, auch an an dieser Stelle noch besonders empfehlenswürdig zu machen. Das Concert wird bekanntlich ausgeführt vom Trompetercorps des 3. Feld-Artillerie-Bieg. Nr. 32 unter Leitung des Herrn Stabstrompeter Gehrmann und bringt das Programm folgende Stücke: Mit Gott für Kaiser und Reich. Marsch v. Gisöff. — Ouverture z. Op. „Titus“ von Mozart. — Fasching von Meyerbeer. — Gardes a. d. Op. „Der Geist des Woywoden“ von Großmann. — Ouverture z. Op. „Der Wildschütz“ von Wagner. — Utonentus. Charakterstück von Eilenberg. — Kriegsmarsch a. d. Op. „Rienzi“ von Wagner. — Studiataina-Walzer von Waldbuefel. — Deutschlands Erinnerungen an die Kriegsjahre 1870—71 von Saro. — Der Aufenthalt im Stadtport ist bei der anhaltend hohen Temperatur ein besonders angenehmer und darf wohl erwartet werden, daß sich das Concert in recht zahlreichen Besuch erfreuen und damit der Zweck der Veranstaltung erheblich gefördert wird.

— Ueber die Ursachen des Explodirens von Petroleum-lampen sind von der kaiserlichen Normal-Arbeitskommission in Berlin Ermittlungen veranlaßt worden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die vielverbreitete Meinung, diese Explosions entstanden vorzugsweise durch Auslösen der Lampen von oben her, irrig ist. Auf diese Weise entstehen vielmehr nur sehr selten Explosions, dieselben betragen kaum 1 Prozent aller Unfälle. Die meisten Explosions haben ihre Ursache im Umlaufen, schnellen Bewegen oder Schieben, dann auch in der Ueberhitzung der Lampen. Zur